

OÖ. Personalvertretung verhandelt bereits über „marktkonforme, attraktive“ Auch der Landesdienst will höhere



Personalvertreter Peter Csar: „Ich glaube, dass wir in OÖ mit der Leistung der Landesbediensteten sehr gut dastehen!“

Nach dem Vorbild der Ärzte dort fordern Pflegepersonal und Landesbedienstete in Salzburg nun ebenfalls 30 Prozent mehr Geld. In Oberösterreich greift man nicht so weit „ins Blaue vom Himmel“, laut Personalvertretungschef Peter Csar wird aber über Anpassungen an „marktkonforme, attraktive“ Gehälter verhandelt.

In Salzburg wollen die Landesbediensteten wie die Ärzte dort 30 Prozent mehr. In Oberösterreich wären es bis zu 20 Prozent mehr für alle.

Das wäre schon irgendwie logisch, ja. Ich bin sicher kein Feind von Gehaltserhöhungen. Aber ich bin auch Realist und denke, grad in

Zeiten wie diesen muss man sich gut überlegen, was man auch umsetzen kann. Ich will nicht das Blaue vom Himmel versprechen.

Was ist denn umsetzbar?

Man muss auch bei uns entsprechend schauen, ob die Grundentlohnung richtig ist, ob sie adäquat und

Ob der Enns

Zuerst die Ärzte: Mehr Geld für weniger Arbeit. Dann die Pflege: Mehr Geld für mehr (von den Ärzten auf sie verlagerte) Arbeit. Dann die Landesbediensteten:

Mehr Geld, „weil keiner unter Wert geschlagen werden will“, wie Personalvertreter Csar auch sagt. Im Vergleich immer weniger Geld, weil der Leistungsdruck steigt und unbezahlte Mehrarbeit fast schon selbstverständlich ist. Da galoppiert manches immer weiter auseinander und „Nachjustierungen“

Im Galopp auseinander

ten: Mehr Geld, „weil keiner unter Wert geschlagen werden will“, wie Personalvertreter Csar auch sagt.

Und die Privatwirtschaft? Im Vergleich immer weniger Geld, weil der Leis-

terungsdruck steigt und unbezahlte Mehrarbeit fast schon selbstverständlich ist. Da galoppiert manches immer weiter auseinander und „Nachjustierungen“

SP lehnt Evaluierungsbericht 2012 ab:

Landtag quält sich durch Spitalsreform

Langsam mahlen die Landtagsmühlen in Sachen Spitalsreform, trotzdem hat die SP Zweifel an der Gründlichkeit: Sie lehnte am Donnerstag die Kenntnisnahme des Evaluierungsberichtes 2012 (!) ab, weil er kritische Anmerkungen von Betroffenen und Änderungsbedarf bei den Maßnahmen nicht widerspiegeln.

Mehrheitlich hat ein Landtagsausschuss am Donnerstag, also am 26. Februar 2015, den seit Oktober 2013 vorliegenden Experten-Evaluierungsbericht über das Spitalsreformjahr 2012 abgesegnet.

Die SP hat dabei – erstmals – gegen die Kenntnisnahme gestimmt: „Wir hätten damit ausgedrückt, dass die Spitalsreformmaßnahmen keiner Veränderung bedürfen“, begründet das SP-Gesundheitssprecherin Julia Röper-Kelmayr. Das aber stünde im Gegensatz zu den Ergebnissen der Anhörung von

Führungskräften der betroffenen Spitäler im gleichen Landtagsausschuss: „Ich habe daraus nicht den Eindruck gewonnen, dass alle zufrieden sind und dass nichts geändert werden soll“, so die SP-Politikerin: „Da gab's durchaus auch kritische Stimmen.“

Das Reformjahr 2012 ist mit dem Mehrheitsbeschluss somit Anfang 2015 erledigt. Und zäh geht's weiter im Landtag: Ungefahr ab Mai wird man sich mit dem Evaluierungsbericht über das Reformjahr 2013 befassen, der seit Ende Oktober 2014 vorliegt.

SP-Minister schlägt ersatzlose Streichung vor:

Brisante Kinderzählregel in Schulbussen bröckelt jetzt

Ein paar Last-Minute-Unterschriften sind noch dazugekommen, so konnten Vertreter des Gymnasiums Dachsberg und der Kinder-Lobby nun 14.373 Unterschriften gegen die gefährliche Kinderzählregel in Linienschulbussen (zwei Sitzplätze je drei Kinder) an SP-Verkehrsminister Alois Stöger übergeben. Dieser hat den Landeshauptleuten

bereits vorgeschlagen, die bundesgesetzliche Zählregel ersatzlos zu streichen. Allerdings müssten die Länder den finanziellen Mehraufwand dafür selbst zahlen, weil der Bund seinen Beitrag für die Schülerfreifahrt nicht erhöhen will.

Elternvertreter Peter Hinterberger sieht Stögers Vorschlag an die Landeschefs aber als „Teilerfolg“.

Lohnanpassungen: Gehälter

Interview

marktkonform ist. Und man muss sich auch überlegen, wie man den öffentlichen Dienst wettbewerbsfähig und attraktiv für die Mitarbeiter halten kann, für bestehende und nachkommende. Da haben wir auch schon Verhandlungsrunden darüber, dass wir marktkonform bezahlen.

Der sichere Arbeitsplatz genügt nicht mehr?

Wenn man sich auf dieses Argument beschränkt, dann kriegen wir auch nur die Leute, die sich daran orientieren. Und ob das sicher die Leistungsträger sind? Außerdem sind schon sehr viele Dienstposten eingespart worden und gekündigt wird bei uns auch mal. Außerdem gibt es auch bei uns schon Mangelberufe mit Nachschubproblemen.

Die werden zunehmen.

In den nächsten 10 Jahren werden sich rund 50 Prozent der Landesbediensteten auswechseln, viele gehen in Pension. Das wird eine große Herausforderung! pö

ooe@kronenzeitung.at



„Es wird beim derzeitigen Notarztsystem in unserem Land keine Verschlechterung geben.“

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer

Über 60-mal pro Tag werden in OÖ die Notärzte der 18 bodengebundenen Stützpunkte zu Notfällen alarmiert. Im Vorjahr wurden 22.000 Menschen von Notärzten betreut, 16.000 wegen Herzkreislauferkrankungen.

Dramatischer Hilferuf des Rotes Kreuzes bei Symposium

Ohne Änderung der Verträge steht Notarztwesen vorm Aus!

Dramatischer Appell des Roten Kreuzes in Linz: Künftig drohe ein Notärztemangel und sogar das Aus für dieses lebensrettende System, weil die GKK die Notärzte nicht mehr mit freien Werksverträgen, sondern fix beschäftigen möchte. Damit würden sie wie ihre Kollegen in die umstrittene 48-Stunden-Regelung fallen.

Beim Rettungssymposium schlug Österreichs RK-Präsident Gerald Schöpfer Alarm: Es werde immer schwieriger, Notarzdienste zu besetzen. Aber nicht aus Ärztemangel, sondern weil

VON JOHANNES NÖBAUER

die Kassen die Notärzte nicht mehr wie bisher freiberuflich, sondern nur in einem Angestelltenverhältnis beschäftigen wollen. „In diesem Fall kommt die Arbeitszeitrichtlinie von 48 Stunden wöchentlich zum Tragen und der zusätzliche Dienst als Notarzt außerhalb der regulären Dienstzeiten ist nicht mehr mög-

lich“, warnt Schöpfer. Die Folgen: „Ein System, durch das tausende Menschenleben gerettet werden konnten, stünde vor dem Aus.“

Um dies zu verhindern, gebe es für Gerald Schöpfer eine einfache Lösung: Eine entsprechende Änderung des ASVG, damit Notärzten weiter eine freiberufliche Tätigkeit auf Werkvertragsbasis erlaubt werde. Und auch LH Josef Pühringer stellte ganz klar: „Niemand kann es sich leisten, das Notarzsytstem wegen einer Richtlinie in Frage zu stellen.“

„Die Einbindung unserer Notärzte in die Spitäler ist ein besonderes Qualitätsmerkmal.“

OÖ. Rotkreuz-Präsident W. Aichinger



Elternvertreter Peter Hinterberger am Weg zu Verkehrsminister Alois Stöger.

Foto: Gymnasium Dachsberg